

AGS: NACHRICHTEN

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Herausgeber: Landesvorstand der AGSNRW

www.ags-in-nrw.de

Ausgabe August 2010

seite 1

Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW, sehr geehrte Leserinnen und Leser!

„Gemeinsam neue Wege gehen“ – so lautet die Überschrift des Koalitionsvertrages zwischen NRWSPD und Die Grünen NRW. „Gemeinsam neue Wege“ gehen ist Motto und Leitfaden für eine Regierungszeit von 2010-2015.

„Neue Wege gehen, mehr Chancen eröffnen, alle Potentiale nutzen“, so will man in 12 Themenfeldern neue Akzente setzen und unser Land voranbringen. Es ist gelungen, ein ehrgeiziges Programm zu erstellen, das mit breiten Mehrheiten umzusetzen wäre, wenn ... – ja, wenn es nur um Sachpolitik und nicht um ideologische Vorbehalte und um gezielte Blockade ginge. CDU und FDP müssen die Rolle einer verantwortungsvoll agierenden Opposition erst wieder lernen. Man kann nur hoffen, dass es bei allen Abstimmungen Abgeordnete der Opposition gibt, die in der Sache entscheiden, um ihrem Wählerauftrag und ihrem Amtseid gerecht zu werden.

Für uns als Selbständige gibt es kaum ein Kapitel im Koalitionsvertrag, das uns nicht betrifft.

Besondere Aufmerksamkeit gilt naturgemäß den Ausführungen zu den Themen Wirtschaft, Klimaschutz und Energie sowie Bildung.

Im Kapitel Wirtschaft ist ein interessantes Leitziel die geplante Förderung von lokaler Ökonomie. Ansatz ist es, lokale Märkte zu fördern. Der Hinweis auf die Bedeu-

tung der lokalen (produktionsnahen) Märkte für Handwerk, Dienstleistung, Handel und freie Berufe wird hervorgehoben. Diese Abkehr von einer eher zentralistischen Wirtschaftspolitik ist für uns von größtem Interesse, da unsere Mitglieder meist nicht landesweit, und schon gar nicht global agieren. Wir dürfen gespannt sein, welche konkreten Maßnahmen zur Umsetzung dieser Wirtschaftsförderung ergriffen werden.

Ein Schritt zur Stärkung der freien Berufe und des Handwerks ist das angekündigte neue Mittelstandsgesetz.

In einem ersten Gespräch habe ich dem neuen NRW-Wirtschaftsminister Harry Voigtsberger unsere Mitarbeit an einem Gesetzentwurf angeboten.

„Gemeinsam neue Wege gehen“ könnte auch Motto für eine künftige Zusammenarbeit zwischen der AGSNRW und Harry Voigtsberger sein, den ich schon seit einem gemeinsamen Wahlkampf 1999 in meiner Heimatstadt Stolberg kenne. Für uns ist das eine gute Basis für vertrauensvollen Austausch zum gegenseitigen Nutzen.

In dieser Ausgabe stellen wir ihn kurz vor, ein ausführliches Interview ist für die nächste Ausgabe zugesagt.

Ähnlich viel Raum wie der Wirtschaftspolitik wird dem Thema „Bildung“ im Koalitionsvertrag eingeräumt. Das ist wohl auch auf ähnlich massive Versäumnisse der alten Landesregierung in beiden Bereichen zurückzuführen. Von der Frühkindlichen- bis zur Beruflichen Bildung, Hochschulpolitik und Weiterbildung werden zu



allen relevanten Bereichen Ziele benannt. Aus den Problemen in Hamburg hat man gelernt, das Bildungspolitik nur durchsetzbar ist, wenn man mit Eltern, Schüler/innen und Lehrer/innen gemeinsam neue Wege geht!

Bei aller Freude über ein Programm, in dem wir unsere Interessen vielfach wiederfinden: Die Diskussion über die Abschaffung der Kopfnoten werden wir aufmerksam verfolgen (s. unseren Artikel „Zeugnisse als Eintrittskarte für Berufliche Bildung“ auf Seite 3 und den Aufruf zur Diskussion).

Im Übrigen gilt für dieses wie für alle Programme: Den geschriebenen Worten müssen Taten folgen. Wir sind bereit, uns überall dort einbinden zu lassen, wo unsere Kompetenz, unser Rat und unsere Mitarbeit gewünscht wird – aus der Praxis für die Praxis. Für unser Nordrhein-Westfalen.



In diesem Sinne: Glück auf!

André Brümmer

AGS-Landesvorsitzender NRW

AUS DEM LANDTAG

SPD-FRAKTION

ANDRÉ STINKA IST WIEDER IM LANDTAG



André Stinka Mdl

„Ich freue mich, die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft nun auch als Abgeordneter aktiv unterstützen zu können.“, so André Stinka, der am 18. August sein Landtagsmandat als Nachfolger für Prof. Dr. Gerd Bollermann angenommen hat.

Bereits im Juli hatte das neue rot-grüne Kabinett beschlossen, drei Bezirksregierungen neu zu besetzen. Hierunter war auch der Dortmunder Abgeordnete Dr. Gerd Bollermann, der inzwischen die Bezirksregierung Arnsberg übernommen hat und sein Land-

tagsmandat zurückgegeben hat. André Stinka wird nun neben der Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Coesfeld in Düsseldorf vertreten: „Ich freue mich sehr auf die Herausforderungen in dieser Legislaturperiode“.

Auch die AGSNRW, deren stellvertretender Landesvorsitzender André Stinka ist, gratuliert sehr herzlich und freut sich auf die Fortsetzung der sehr konstruktiven Arbeit im Bereich der Energiepolitik! <

SPD STELLT DEN WIRTSCHAFTSMINISTER IN NRW „DER NEUE“: HARRY K. VOIGTSBERGER



Harry K. Voigtsberger,
Minister für Wirtschaft,
Energie, Bauen,
Wohnen und Verkehr

Harry Voigtsberger hat in der rot-grünen Landesregierung das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr übernommen. Dieses Ministerium hat traditionell für uns als AGS eine besondere Bedeutung. Durch Einbindung in die Wirtschaftspolitik können wir einen Beitrag zur positiven Entwicklung unseres Landes leisten. Die AGS gratuliert Harry Voigtsberger herzlich zu seinem Amt und wünscht ihm Erfolg und Freude an der Arbeit!

André Brümmer stellt ihn hier kurz vor:

- Seit dem 15. Juli 2010 Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen
- Geboren am 10. Juli 1950 in Hindelang (Allgäu), verheiratet, drei Kinder (*damit könnte er auch das Familienministerium leiten*)
- 1967: Realschulabschluss
- 1967 bis 1969: Fachpraktische Ausbildung zum Metallflugzeugbauer bei Dornier und Messerschmidt in Augsburg (*die „Ochsentour“ des zweiten Bildungswegs verrät: Ihn kriegt nichts klein!*)
- Seit 1970: Mitglied der SPD (*kein Seiteneinsteiger, sondern ein erfahrener Politiker!*)
- 1970 bis 1973: Studium des Flugzeugbaus an der Fachhochschule Aachen
- 1973: Abschluss als Flugzeugbauingenieur (*ein*

Wirtschaftsminister mit einem naturwissenschaftlichen Abschluss ist ein Gewinn für den Hightech-Standort NRW!)

- 1973 bis 1975: Bundeswehr (die er als Reserveoffizier verlässt)
- 1975: Studium der Politik-, Wirtschafts- und Erziehungswissenschaften an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen
- 1978: Erstes Staatsexamen, Studienreferendar in Köln, Zweites Staatsexamen
- 1979 bis 1999: Mitglied im Rat der Stadt Aachen
- 1980 bis 1993: Berufskolleg der Stadt Köln
- 1993 bis 2003: Schulleiter des Medienberufskollegs der Stadt Köln (Erfahrung in den Bereichen Bildung und Medien – was will man mehr?)
- Seit 2003: Landschaftsverband Rheinland als Kämmerer, Baudezernent (der Bereich Bauen gehört auch zu seinem Ministerium!) sowie Erster Landesrat (Vertreter des Direktors des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR))
- 1. Juni 2008 bis 15. Juli 2010: Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) (wer eine so große Behörde erfolgreich leiten kann, ist für ein Ministerium gut gerüstet)



Hannelore Kraft und das rot-grüne Landeskabinett: „Ich bin stolz, ein mit Männern und Frauen paritätisch besetztes Kabinett vorstellen zu können“, sagte die neue Ministerpräsidentin bei der Präsentation in der Staatskanzlei am 15. Juli 2010.

In einem ersten Gespräch habe ich Harry Voigtsberger unsere Unterstützung angeboten. Konkrete Vorschläge sind gemacht, ein Austausch ist vereinbart. In der nächsten Ausgabe der **AGS:NACHRICHTEN** werden wir ein ausführliches Interview mit ihm veröffentlichen. <

(Bildnachweis Harry Voigtsberger: NRW.de / Ralph Sondermann)

BERUFLICHE BILDUNG

AUFRUF ZUR DISKUSSION

„KOPFNOTEN“ – ZEUGNISSE ALS EINTRITTSKARTE FÜR BERUFLICHE BILDUNG

Im schulpolitischen Sofortprogramm der neuen Landesregierung sollen falsche Weichenstellungen der Regierung Rüttgers korrigiert werden. Dazu gehört auch die Abschaffung der Kopfnoten.

Die Kopfnoten waren in der Vergangenheit eine Möglichkeit – wenn nicht die einzige –, etwas über das Sozialverhalten und die Sozialkompetenz von jungen Leuten zu erfahren. Bei Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz sind eben nicht nur die Fachnoten von Bedeutung. Mangelnde Kenntnisse können auch noch während der Ausbildung ausgeglichen werden. Für eine mögliche Einstellung ist es aber auch wichtig, ob sich der junge Mensch teamfähig verhält, pünktlich ist und Ordnung hält. Diese Eigenschaften kann man kaum mit Noten bewerten, denn damit allein würde man den individuellen Verhaltensweisen und Charakteren der potentiellen Azubis nicht gerecht werden. So steht es auch im Koalitionsvertrag: „[...] Wir brauchen stattdessen eine andere Form, um das Arbeits- und Sozialverhalten rückzumelden.“ – nach unserer Meinung unbedingt richtig und wichtig!

Eine Bewertung des Arbeits- und Sozialverhaltens motiviert junge Leute, da ihnen bewusst ist: Auch mit meinem Verhalten kann ich beeinflussen, ob ich einen Ausbildungsplatz erhalte. Und für uns als Ausbilder ist es bei der Bewerberauswahl hilfreich, wenn wir für eher mäßige Leistungsnoten einen Ausgleich erkennen und berücksichtigen können.

Diese Form der Bewertungen ist erst zu entwickeln. Daran sollten wir uns beteiligen. <

Dies ist ein Diskussionsaufruf – Meinungen zu diesem Thema bitte an die Adresse redaktion@ags-in-nrw.de. Ein Statement der AGS Herne liegt uns bereits vor. In der nächsten Ausgabe werden wir die zugesandten Leserbriefe veröffentlichen.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

AUS DEN KAMMERN

IHK-THESEN ZUR WIRTSCHAFTSPOLITIK IN NORDRHEIN-WESTFALEN

KOMMENTIERT VON ANDRÉ BRÜMMER

Als Vertretung von kleineren Unternehmen aus Handel, Handwerk und Gewerbe vertritt die AGS auch die meisten Positionen von HWK und IHK. Die AGS übernimmt dabei die Thesen, die im Sinne der selbständigen Sozialdemokraten sind, ggf. auch unabhängig davon, ob sie der „Parteilinie“ entsprechen.

In einem vorläufigen Arbeitspapier der IHKs in NRW werden 4 Thesen aufgestellt, die wir für beachtenswert halten. Hier ein Auszug:

1. Bildung: „Jugendliche für Karriere mit Lehre, Bildung und Weiterbildung vorbereiten“

Dieses Ziel will man u. a. durch folgende Maßnahmen erreichen:

- a) den Übergang in den Beruf verbessern
- b) Verständnis für wirtschaftliches Handeln und Wirtschaftswissen vermitteln
- c) Dualer Ausbildung Vorrang geben (*Anmerkung: der IHK-Forderung an die künftige Landesregierung, keine außerbetrieblichen Übergangmaßnahmen mehr zu finanzieren, können wir so absolut nicht zustimmen.*)
- d) die Integration von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte verbessern
- e) Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft stärken
- f) Bildungssystem durchlässiger machen
- g) Für Weiterbildung werben

2. Raumordnung: „Auch NRW braucht eine expansive Gewerbeflächenpolitik“

Diese Forderung wird bei uns als AGS eher Zustimmung finden als bei Teilen unserer Partei. Das gilt auch für die folgenden Wünsche:

- a) Gewerbe- und Industrieflächen nach Bedarf auszuweisen und mit Umgehungsschutz zu versehen

sowie der Forderung:

- b) NRW braucht eine zukunftsorientierte Infrastruktur insbesondere für den weiterhin stark anwachsenden Güterverkehr

3. Energie: „Sicherung und Ausbau der Kraftwerksstandorte“

Zur Versorgungssicherheit unserer Industrie soll beitragen:

- a) Netz- und Kraftwerkskapazitäten zügig ausbauen
- b) Dezentrale Energieerzeugung für Gewerbe- und Industriestandorte ermöglichen
- c) Versorgungssicherheit durch Energiemix schaffen und Energieforschung betreiben (*Anmerkung: Dass zu einem zukünftigen Energiemix auch Kernkraftwerke beitragen müssen, findet wohl kaum unsere Zustimmung.*)

4. Verkehr: „Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zügig und sinnvoll angehen“ – NRW muss mobil bleiben“

Der Ausbau von Straße, Schiene, Binnenschifffahrt und Flughäfen soll verstärkt werden, um Wachstumsimpulse zu setzen und Infrastrukturmängel zu beseitigen. Dazu gehört lt. IHK auch:

- a) Ausbau der Landstrassen
- b) Erreichbarkeit der Innenstädte
- c) Bedürfnisse von Wirtschaft und Umwelt abwägen (*Bemerkenswert: Vor Jahren hätte die Forderung noch „Vorrang für Wirtschaft“ gelautet.*)

Eine ähnliche Entwicklung hat die Stellung der IHKs zum Luftverkehr genommen. Hier begnügt man sich realistischerweise mit der Forderung nach dem Erhalt eines breiten Luftverkehrsangebots.

Insgesamt ist dieser Entwurf eines Thesen-Papiers in vielen Punkten für uns als AGS zustimmungsfähig. Er bietet reichlich Diskussionsstoff und kann nur in wenigen Punkten unsere Zustimmung nicht finden. <

AUS DER PRESSE ► „STEUERN UND FINANZEN“

AUS DEN „AACHENER NACHRICHTEN“: „FISKUS-PRIVILEG NICHT WIEDER EINFÜHREN“

Insolvenzverfahren: Koalitionspolitiker wehren sich gegen die von Minister Schäuble geplante Bevorzugung der Finanzämter

Von Werner Kolhoff (16.08.2010)

Die beim Koalitionsbeschluss über das Sparpaket Anfang Juni verabredete Wiedereinführung des sogenannten Fiskus-Privilegs in Insolvenzverfahren stößt auf zunehmenden Widerstand in den Regierungsparteien. Und auch im Kabinett besteht keine Einigkeit. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) steht eine heftige Auseinandersetzung bevor, wenn er nicht auf die eingeplanten Mehreinnahmen von 500 Mio. Euro pro Jahr verzichten will.

Federführend für die Gesetzesänderung ist das Justizministerium. Aber ausgerechnet dessen Chefin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) könnte Schäuble einen Strich durch die Rechnung machen. Die Ministerin halte an der „Gleichbehandlung aller Gläubiger“ fest, sagte ihr Sprecher. Man suche derzeit nach einem Kompromiss. Der dürfte auch nach Ansicht von Koalitionsexperten allerdings zwischen Leutheusser-Schnarrenbergers Grundsatz der Gleichbehandlung und Schäubles Privileg des Finanzamtes schwer zu finden sein.

Beim Fiskus-Privileg werden die Forderungen der Steuerbehörden im Pleitefall vorrangig bedient. Die Regelung war 1999 zur Zeit der rot-grünen Koalition abgeschafft worden; allerdings auf Basis eines Beschlusses der schwarzgelben Vorgängerregierung. Die wollte dem Gedanken der Sanierung eines Unternehmens Vorrang vor der Befriedigung der Gläubiger geben, auch um Arbeitsplätze zu erhalten. Im neuen schwarzgelben Koalitionsvertrag steht ebenfalls, dass das Insolvenzverfahren „noch stärker auf die Früh-sanierung ausgerichtet werden soll“. Zudem wird

die „wesentliche Errungenschaft der Gleichbehandlung aller Gläubiger“ gelobt und die Abschaffung des letzten noch existierenden Privilegs, nämlich der Sozialkassen, angekündigt.

Die Wiedereinführung des Fiskus-Privilegs stünde den eigenen Zielen diametral entgegen, finden immer mehr Koalitionspolitiker. So sagte der FDP-Experte Christian Ahrendt unserer Zeitung: „Das ist falsch und wird nicht das bringen, was sich der Finanzminister davon erhofft.“ Seine CDU-Kollegin Elisabeth Winkelmeier-Becker kündigte im Bundestag an: „Wir im Parlament müssen uns die Freiheit nehmen, das kritisch zu hinterfragen.“ Die FDP-Wirtschaftsminister von Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen schrieben bereits Protestbriefe an Schäuble. Durch das Fiskus-Privileg könnten „gesamtwirtschaftlich sinnvolle Fortführungslösungen wesentlich erschwert oder sogar unmöglich gemacht werden“.

Am schärfsten kritisierte der Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung, Josef Schlarman, die Pläne. Es gebe keine Begründung dafür, staatliche Forderungen zu bevorzugen“, sagte er unserer Zeitung. „Das ist ein staatsautoritärer Ansatz.“ Im Insolvenzrecht müssten die Sanierung und der Erhalt von Arbeitsplätzen im Mittelpunkt stehen. Das Fiskus-Privileg bedeute jedoch, „dass es praktisch keine Masse für eine Sanierung mehr gibt, weil der Staat vorher alles abräumt“. Das werde besonders im Mittelstand zu Folge-Insolvenzen führen. Im Ergebnis bedeute dies Arbeitsplatzverluste und Steuerausfälle, so dass Schäuble die erwarteten Mehreinnahmen von 500 Mio. Euro gar nicht erzielen werde. Schlarman forderte den Minister auf, auf das Vorhaben ersatzlos zu verzichten. Auch die Tatsache, dass damit ein Teil des Sparpakets scheitere, spreche nicht dagegen. <

Die AGSNRW hat die Bundes-AGS am 17.08.2010 gebeten, eine Presseerklärung zum Fiskus-Privileg abzugeben.

AK „MEDIEN, KOMMUNIKATION, NETZPOLITIK“

KOMMENTAR ZUR NETZNEUTRALITÄT

„EIN ANGRIFF AUF DIE NETZNEUTRALITÄT IST AUCH EIN ANGRIFF AUF DEN MITTELSTAND“

Netzneutralität ist eine Bezeichnung für die neutrale Datenübermittlung im Internet. Sie bedeutet, dass Zugangsanbieter (access provider) Datenpakete von und an ihre Kunden unverändert und gleichberechtigt übertragen, unabhängig davon, woher diese stammen oder welche Anwendungen die Pakete generiert haben.

(Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Netzneutralität>)

Ein Kommentar von Hansjörg Schmidt, Mitarbeiter des Hamburger Unternehmens > **WICE GmbH**:

Netzneutralität – noch nie gehört? Dabei geht es um die diskriminierungsfreie Übertragung von Daten im Web. Immer mehr Konzerne versuchen, die Neutralität der Datennetze auszuhöhlen. Telekom-Chef Obermann hat vor kurzem angekündigt, dass besondere Netzsicherheit oder höchste Übertragungsqualität „auch differenziert bepreist werden müssen“. Mit Google und Verizon haben nun zwei Global Player ein Regelwerk für ein „offenes Internet“ vorgelegt. Beide bekennen sich darin zwar grundsätzlich zur Netzneutralität, aber diese gelte nicht im mobilen Datennetz. Das mobile Internet sei anders, stellen die beiden Unternehmen fest. Spezielle IP-gebundene Onlineangebote, für die keine Rücksicht auf Aspekte der Netzneutralität genommen werden muss, sollen als Produkt vom herkömmlichen Internetzugang abgegrenzt werden.

Aufhebung behindert Innovation

Die Aufhebung der Netzneutralität – ob im mobilen oder stationären Netz – behindert Innovation und stellt damit auch einen Angriff auf den Mittelstand dar. Dies betrifft nicht nur Anbieter, sondern auch deren Kunden. Große Un-

ternehmen können sich künstliche Eintrittsbarrieren in ihre Märkte erkaufen, dadurch werden Innovationen behindert. Wenn bestimmte Dienste nur noch über direkte Kooperationen mit Providern und gar nicht mehr in Form von offenen Internetplattformen verfügbar sind, leiden auch die Kunden, die dann nicht mehr die freie Wahl haben oder Verträge mit mehreren Providern abschließen müssen.

Diskriminierungsfreie Übertragung Garant für funktionierende Marktwirtschaft

Ein freies, neutrales Internet ist nicht nur Garant für freien Meinungs Austausch weltweit und damit die direkte Ableitung des Rechts auf Meinungsfreiheit und somit elementar für unsere Demokratie. Es ist auch ein wichtiger Garant für eine funktionierende Marktwirtschaft in einem der wichtigsten gesellschaftlichen Bereiche.

Begründet wird der Schritt zu einer differenzier-ten Bezahlung von Daten mit den hohen Investitionskosten in die Netze. Aber bereits jetzt wird jeder Traffic im Netz doppelt bezahlt: einmal von dem, der den Inhalt ins Netz stellt, einmal von dem, der ihn sich ansieht. Bei Flatrate-Tarifen gibt es eine Mischkalkulation, aber es ist Sache des Anbieters, solche Tarife zu verkaufen und die der Kunden, solche Tarife zu nutzen. In neutralen Netzen spielt es keine Rolle, welche Daten das sind. Dies ist das Geschäftsmodell der Carrier. Es passt einfach nicht, wenn beispielsweise die Telekom Investitionen zurückstellt, damit die Zukunftsfähigkeit gefährdet und gleichzeitig einen Aktienrückkauf startet.

Aufhebung verringert Markttransparenz und begünstigt Kartelle

Eine weitere Gefahr für Anbieter und deren Kunden besteht in der zunehmenden Konzentration der Telekommunikationsanbieter. Diese

AGS BUND

führt auf Kurz oder Lang dazu, dass sich die Internetübertragungskapazitäten nur noch in der Hand weniger Unternehmen befinden werden. Der Vergleich mit dem Ölkartell OPEC ist hier nicht von der Hand zu weisen. Wollen wir eine OPEC 2.0, die bestimmt, welche Daten wie durch die Netze fließt? Die Folge wären Absprachen zwischen Zugangs- und Inhaltsanbietern, welche zu Marktverzerrungen führen. Große Zugangsanbieter könnten billigere Angebote machen, da sie ein Teil der Kosten über die Inhaltsanbieter finanzieren. Große Inhaltsanbieter würden größere Marktanteile erlangen, da sie besser erreichbar sind. Dies verringert die Markttransparenz und begünstigt kartellartige Strukturen. Es gibt keinen Markt, in dem dies irgendwo zu Kostenvorteilen geführt hätte.

Aushöhlung schadet den Unternehmen und ihren Kunden

Ein Angriff auf Netzneutralität ist auch ein Angriff auf den Mittelstand. Denn dieser braucht einen einfachen und bezahlbaren Zugang zum Internet. Der Mittelstand ist in Deutschland der einzig verbliebene Innovationsmotor. Ein Ende der Netzneutralität würde ein Zwei-Klassen-Internet befördern. Die großen Medien- und Internetkonzerne würden sich ihr eigenes Netz schaffen. Nicht Qualität und Nutzen der Produkte, sondern allein das Geld würde den Marktzugang erschließen. Dann müssten sich Alternative und neue Anbieter hinten anstellen oder würden komplett verdrängt. Der Leidtragende wäre in jedem Fall der Kunde, ob Privatperson oder Unternehmen. Und deswegen geht diese Diskussion uns alle an! <

Hier geht es zur Initiative „Pro Netzneutralität“:

> <http://pro-netzneutralitaet.de/>

Weitere Informationen zum Autor:

> <http://twitter.com/hschmidt>

PRESSEMITTEILUNG DER BUNDES-AGS (24.08.10): AGS UNTERSTÜTZT BESCHLUSS DES PRÄSIDIUMS ZUR ALTERSVORSORGE

Zur aktuellen Diskussion über die Rente mit 67 erklärt der Bundesvorsitzende der AGS, der Interessenvereinigung der Unternehmer und Selbständigen in der SPD, Sven Kaerkes:



Sven Kaerkes

Wenn sich einerseits Ausbildungszeiten und Lebenserwartung verlängern, die Phase der Beschäftigung dagegen verkürzt, dann kann man über das *Wie* und *Wann* einer Anpassung des Renteneintrittsalters streiten, nicht aber über das *Ob*.

Die AGS unterstützt den Vorschlag, die Einführung an die tatsächliche Beschäftigungsmöglichkeit für ältere Arbeitnehmer zu koppeln. Die Studien zum demographischen Wandel zeigen, dass aufgrund der Alterung der Gesellschaft schon in wenigen Jahren eine erhebliche Nachfrage nach älteren Arbeitskräften am Arbeitsmarkt zu erwarten ist. Am Ausbildungsmarkt ist das Fehlen geeigneter Bewerber bereits heute spürbar.

Der tatsächliche Renteneintritt sollte sich zudem an den geleisteten Erwerbsjahren orientieren und den unterschiedlichen berufsspezifischen Anforderungen Rechnung tragen. Damit wird sich ein flexibler Rentekorridor öffnen.

Das beste Mittel zur Bekämpfung von Altersarmut ist aber immer noch ein höheres Lohnniveau gerade bei den Geringverdienern. Deshalb müssen die bestehenden Mindestlohnregelungen zügig verbreitert und weiterentwickelt werden. <

DIE AGSNRW BEI TWITTER:

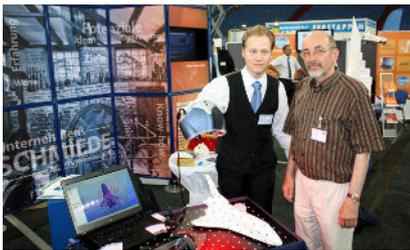
<http://twitter.com/agsnrw>

„B2D METROPOLE RUHR“ 2010 FOTOS DER VERANSTALTUNG



Eva-Maria Siuda, Vorsitzende der AGS Gelsenkirchen, und André Brümmer, Landesvorsitzender, nach dem Aufbau des AGS-NRW-Messestands.

Michael Henke, AGS-Landesvorstand, bei der schnellen Telefonrecherche für einen interessierten Standbesucher.



André Brümmer am Messestand von Markus Sturm, unmittelbar vor dem 3D-Laser-Scanning – zum Ergebnis: siehe unten!

Markus Sturm und sein Unternehmen „STURM Engineering + Marketing“ werden wir in der nächsten Ausgabe der AGS:Nachrichten genauer vorstellen.



Das Ergebnis des Scans: André Brümmers Kopf als 3D-Datenmodell mit Metalloberfläche.

Auch die Mittelstandsvereinigung der CDU (MIT) hatte einen Stand auf der b2d, der allerdings die meiste Zeit wegen Überfüllung geschlossen war.



TERMINE

Do., 26. August 2010, 19:30 Uhr

Bochumer AGS-Stammtisch

Der AGS-Sommer-Ferien-Stammtisch ist für alle da, die noch nicht in Urlaub waren oder schon wieder zurück sind. Hier wollen wir uns auf ein Bier treffen und uns ohne feste Tagesordnung über tagespolitische Themen sprechen.

Strätlingshof, Altenbochumer Str. 64, Bochum

Do., 02. September 2010, 20 Uhr

Unternehmerstammtisch und Mitgliederversammlung der AGS Bottrop

Wir möchten euch zur folgenden Tagesordnung recht herzlich einladen:

- 1.) Begrüßung / Bestimmen des Versammlungsleiters / 3.) Feststellung der Wahl- bzw. Abstimmungsberechtigung / 4.) Vorstellungen der Kandidaten / 5.) Wahl der Delegierten für den Unterbezirksparteitag / 6.) Gegenbesuch in einer Kirche am 31. Oktober / 7.) Verschiedenes
- „Cottage“, Herzogstraße 58, Bottrop

Fr., 17. September 2010, 19:30 Uhr

Sommergrillen der AGS Ennepe-Ruhr

Es wäre schön, wenn ihr mit uns diesen Abend bei einem zünftigen Bier und anregenden Gesprächen verbringen könntet. Details zur Veranstaltung und Anmeldung bitte per eMail an [Frank Jakob](mailto:Frank.Jakob@ags-in-nrw.de).

Zeichenhaus Herberholz, Muttentalstr. 32, Witten

Do., 30. September 2010, 19:30 Uhr

Bochumer AGS-Stammtisch

Themenschwerpunkt „Mittelstandsförderung“
Strätlingshof, Altenbochumer Str. 64, Bochum

Alle aktuellen Veranstaltungshinweise finden sich auf unserer Webseite:

> www.ags-in-nrw.de/termine.htm

Bis zur nächsten Ausgabe

André Brümmer

AGS-Landesvorsitzender NRW

